

Wirtschaftliche und soziale Robkuren verhindern

Heinz Kluncker, geboren 1925 in Wuppertal, ist seit 1964 Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV.

I.

Die derzeitige wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung ist gekennzeichnet durch Unsicherheit. Täglich hören wir Horrormeldungen über die Haushaltsdefizite bei Bund, Ländern und Gemeinden. Darüber hinaus wird in der veröffentlichten Meinung der Eindruck erweckt, als ob ein Überschreiten einer bestimmten Höhe der Staatsschulden in den Untergang führen würde.

Gewerkschaften beziehen in ihre Überlegungen und Vorstellungen stets die gesamtwirtschaftliche Situation, also konjunkturelle Verwerfungen und strukturelle Gegebenheiten mit ein. Gewerkschaftliches Handeln wird vor allem von der jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Situation der Arbeitnehmer und ihrer Familien bestimmt.

Dem einzelnen Arbeitslosen ist es gleichgültig, ob Wissenschaftler sein Schicksal auf konjunkturelle oder strukturelle Verwerfungen und Entstehungsursachen zurückführen. Für den Arbeitslosen ist die brennende Frage: Was geschieht, damit

er rasch wieder einen Arbeitsplatz erhält? So gesehen sind viele der bisher vorgesehenen politischen Maßnahmen enttäuschend und wirkungslos.

Die Arbeitslosen müssen von der Straße kommen. Die Arbeitnehmer müssen von der Sorge befreit werden, morgen auf der Straße zu stehen. Eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist aber nicht nur eine entscheidende Verbesserung für die Betroffenen - sie wirkt sich auch positiv auf die öffentlichen Finanzen aus.

II.

Wir haben im DGB wiederholt betont, wie wichtig eine am Ziel der Vollbeschäftigung orientierte Politik ist. Eine solche Politik wäre am besten geeignet, die Staatsfinanzen dauerhaft und auch langfristig zu konsolidieren. Dazu hat der DGB unter Bezugnahme auf frühere Beschlüsse im Mai letzten Jahres erneut ein umfangreiches Konzept vorgestellt. Darin wurde eine entsprechende Finanzierung durch eine befristete Ergänzungsabgabe vorgeschlagen, die von einer bestimmten Einkommenshöhe an eingeführt werden soll.

Der DGB hat ferner vorgeschlagen, eine Arbeitsmarktabgabe für all diejenigen Erwerbstätigen einzuführen, die keine Beiträge an die Bundesanstalt für Arbeit zahlen, obwohl das nicht frei von Kritik im eigenen Bereich war. Diese Arbeitsmarktabgabe zu erheben, würde nämlich bedeuten, daß selbständige Unternehmer, Ärzte, Rechtsanwälte und andere selbständige Gewerbetreibende ebenso mit in die solidarische Pflicht genommen würden wie unsere Kollegen Beamte. Wir haben in Kauf genommen, daß diese von uns gestützte Position für gegnerische Verbände und Standesorganisationen eine Quelle fortgesetzter Polemik ist. Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist aber eine gewisse solidarische Leistung aller Erwerbstätigen unvermeidbar.

Die Gewerkschaft ÖTV hat sich dieser Auseinandersetzung schon seit Jahren gestellt, und sie hat mit dazu beigetragen, daß diese Forderung in das im März 1981 verabschiedete Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes aufgenommen wurde. Gerade in Zeiten zusätzlicher wirtschaftlicher und finanzieller Schwierigkeiten ist die Solidarität unteilbar. Deshalb meinen wir, daß die Beamten auch bereit sind, einen Beitrag zu leisten, und nicht diejenigen allein lassen, die bereits erhöhte Beiträge an Nürnberg zahlen.

Allerdings sind solche Vorschläge zur Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms über eine Ergänzungsabgabe oder einen Arbeitsmarktbeitrag entweder von der FDP in der Regierungskoalition oder im Bundesrat von den CDU-Regierungen abgelehnt worden. Gleiches gilt auch für die anderen DGB-Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitnehmer und ihrer Familien sowie der

Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

III.

Seit Mitte der 70er Jahre ist man nicht nur bei uns, sondern auch in vielen anderen Staaten der Lösung der drängendsten wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht näher gekommen: Die Inflationsraten sind in vielen Ländern nach wie vor extrem hoch, die Rückkehr zu mehr qualitativem und quantitativem Wachstum schreitet nicht richtig voran. Die Arbeitslosigkeit nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Der Abbau der Staatsdefizite ist schwierig und diese Situation wird ideologisch gegen die Gewerkschaften ausgespielt. Der Abbau der schwerwiegenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte belastet die Volkswirtschaften vieler Länder immer mehr.

Gegenüber der Zeit nach dem ersten Öl-Preis-Schub hält auch die konjunkturelle Schwächephase länger an. Die Arbeitslosigkeit droht noch stärker als in den Jahren 1975/76 anzuwachsen. Die Zinsen liegen in vielen Ländern zu hoch, vielfach um mehrere Prozentpunkte über dem Niveau der Jahre 1976/77', und belasten in immer stärkerem Ausmaß die öffentlichen Haushalte.

Die Energiemarkt- und vor allem die Öl-Preis-Entwicklung seit 1979 haben die konjunkturellen Verwerfungen und die strukturellen Schwierigkeiten in vielen Ländern erheblich verschärft. Viele Volkswirtschaften werden mit diesen Problemen nur schwer fertig. Damit wächst die Versuchung für einzelne Länder, die Lösung ihrer Probleme im Alleingang und in der Zuflucht zu mehr Protektionismus zu suchen. Hierdurch würden der freie Welthandel und die Funktionsfähigkeit der Weltmärkte eingeschränkt. Die Gefahren für die internationale Gemeinschaft und Solidarität würden erhöht.

IV.

Die weltweiten wirtschaftlichen Schwierigkeiten seit Mitte der 70er Jahre haben verstärkt konservative und neoliberale Wirtschaftswissenschaftler auf den Plan gerufen. Auch längst überwunden geglaubte und durch die Praxis widerlegte Theorien blieben auf einen Teil der politisch Verantwortlichen nicht ohne Einfluß. Zunehmend beschwören manche Politiker wieder die Selbstheilungskräfte des Marktes. Die Inkaufnahme einer großen Zahl von Arbeitslosen, die Versuche, soziale Leistungen in vielen Ländern abzubauen, sind kennzeichnend für die gegenwärtige politische Fehlentwicklung.

Die Versuche von Margret Thatcher, der britischen Premierministerin, zur wirtschaftlichen Sanierung Großbritanniens waren bisher erfolglos und werden, wenn so weitergemacht wird, auch weiterhin erfolglos bleiben müssen. Das

Sozialprodukt ging in Großbritannien 1981 wiederum um zwei Prozent zurück, nachdem es schon im Jahr 1980 ebenso stark geschrumpft war. Die Industrieproduktion war im Jahr 1981 um fast 15 Prozent unter dem Niveau von 1979. Die Investitionspläne lassen keine Zuversicht erkennen. Im letzten Jahr sind die Investitionen sogar um über sieben Prozent zurückgegangen. Fast drei Millionen Menschen sind arbeitslos. Der Anstieg der Verbraucherpreise, der in den ersten sechs Monaten knapp unter elf Prozent lag, beschleunigte sich im weiteren Verlauf des letzten Jahres. Für die Arbeitnehmer in Großbritannien gibt es kaum positive Erwartungen. Der wirtschaftspolitische Kurs, den Frau Thatcher weiter favorisiert, kann die Bedingungen nur noch verschlechtern.

Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika wurde durch die Politik von Präsident Reagan eine Wirtschaftspolitik eingeleitet, die gegen die Interessen von Arbeitnehmern und ihren Familien gerichtet ist. Soziale Errungenschaften werden gekürzt oder gar ganz abgebaut. Staatliche Transfers, das heißt Unterstützungen für sozial Schwache und sozialstaatliche Maßnahmen insgesamt werden reduziert.

Eine Politik, die das primäre Ziel Vollbeschäftigung vor Augen hat, wird kategorisch als falsch und als für den Wirtschaftsablauf schädlich abgelehnt. Obwohl auch in den Vereinigten Staaten von Amerika anhaltend hohe Zinsen bestehen, die die Situation verschärfen, obwohl weniger Investitionen stattfinden, obwohl weniger Ausrüstungsgüter bestellt werden, und obwohl die Arbeitslosenquote im Verlauf des letzten Jahres wieder auf über acht Prozent anstieg, wird auch weiterhin eine verhängnisvolle Politik betrieben.

In vielen Industriestaaten zeigen sich negative Folgen einer falschen Geld- und Finanzpolitik im Hinblick auf die Auswirkungen für die Arbeitnehmer und ihre Familien. Trotzdem wird in vielen Staaten, wie es im Fachjargon zutreffend heißt, an monetaristischen Rezepten für die Finanz- und Geldpolitik festgehalten.

V.

Die verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren allerdings für viele Zeitgenossen auch in der Bundesrepublik Deutschland nur ein Anlaß, den Abbau staatlicher Einrichtungen und Leistungen verstärkt zu fordern oder zu betreiben. Ihnen war eine sozialstaatliche Entwicklung schon seit langem ein Dorn im Auge.

Der gewerkschaftliche Kampf hat in den letzten Jahrzehnten bewirkt, daß die große Mehrheit der Arbeitnehmer ihre Lebensqualität durch immer mehr öffentliche Einrichtungen verbessern konnten. Für Arbeitnehmer und ihre Familien sind öffentliche Einrichtungen und Leistungen ein unverzichtbarer Bestandteil zur Ver-

besserung ihrer Lebenssituation. Nur sichere Arbeitsplätze, angemessene Einkommen, ausreichende und garantierte Altersversorgung und umfassende Versorgung im Krankheitsfall gewährleisten den Arbeitnehmern und ihren Familien freie und gleichberechtigte Beteiligung in allen Bereichen der Gesellschaft. Nur ein breites Angebot an staatlichen Bildungseinrichtungen sichert Chancengleichheit. Wer versucht, diese Errungenschaften und Leistungen zu beschneiden, der greift unmittelbar in den sozialen Besitzstand von Arbeitnehmern und ihren Familien ein.

Die Gewerkschaften widersetzen sich seit Jahren solchen Versuchen. Sie haben in diesen Auseinandersetzungen bisher oft erfolgreich Widerstand geleistet. Sie haben gemeinsam mit progressiven politischen Kräften verhindert, daß größere Einbrüche erfolgten. Trotzdem bestehen große Gefahren, daß solche konservativ-reaktionären, die Kapitalseite vorrangig fördernden Vorhaben, an Boden gewinnen.

Vorurteile und Stimmungen auch in einer breiten Öffentlichkeit unterstützen diese von bestimmten interessierten Kreisen getragene Ideologie. Dabei handelt es sich schon längst nicht mehr um vereinzelte konservative Zeitgenossen, sondern um eine große Kampagne gegen die Interessen der Arbeitnehmer und damit auch gegen ihre Gewerkschaften. Vielen Menschen wird vorgegaukelt, daß sich hinter der Forderung nach mehr Privatinitiative, mehr Freiheit und weniger Staat für sie tatsächlich etwas Vorteilhaftes verbirgt. Genau das ist aber nicht der Fall.

Im Gegenteil: Denn nur Reiche können sich einen armen Staat, können sich einen Staat ohne umfassende öffentliche Dienstleistungen leisten. Nur Reiche können auf ein öffentliches Schwimmbad verzichten, weil sie ihren Swimming-pool im eigenen Garten haben. Nur Reiche können ein Bett im Privatkrankenhaus finanzieren und auf ein funktionierendes öffentliches Gesundheitswesen und öffentliche Krankenhäuser weitgehend verzichten. Nur Reiche können für ihre Kinder einen Platz in einer Privatschule bezahlen und auf ein umfassendes flächendeckendes Angebot an Bildungseinrichtungen verzichten. Nur Reiche können private Polizei oder auch Bewacher zu ihrem Schutz einsetzen und die Sicherheit für alle hinten anstellen. Nur Reiche können längerfristig bei weiter steigenden Energierohstoff-Preisen auf ein gut funktionierendes öffentliches Personennahverkehrssystem verzichten, weil für sie die Pkw-Kosten unbedeutend sind. Nur Reiche können einen privaten Kindergartenplatz für ihre Kinder bezahlen und auf entsprechende öffentliche Kindergärten verzichten. Nur Reiche können in die Grüngürtel um Ballungsgebiete hinausziehen, sicher vor Lärm, vor Abgasen, vor Umweltschädigungen und darauf verzichten, daß der soziale Wohnungsbau weiter gefördert wird.

Arbeitnehmer und ihre Familien dagegen sind auf umfassende öffentliche Einrichtungen und Leistungen angewiesen. Erst für sie garantiert der öffentliche Dienst

den Teil Lebensqualität, den sie mit ihrem privaten Einkommen sonst nicht kaufen können. Jeder Abbau, jede Streichung oder Kürzung im öffentlichen Sektor bedeutet aber unmittelbar eine Verschlechterung der konkreten Lebenssituation von Arbeitnehmern und ihren Familien.

VI.

Vorreiter solcher konservativ-reaktionärer Vorurteile und Stimmungen sind oftmals die Meinungsträger in der FDP. Für sie „steht unser Land an einem Scheideweg“, was „weitere Eingriffe in Leistungsgesetzte“ und „eine Wende... notwendig“ macht, so Hans-Dietrich Genscher. Hier wird die Tendenz deutlich, die Absicht klar. Die Arbeitnehmer sollen zurückstecken, sollen auf Leistungen verzichten, Einkommensabbau hinnehmen, ihre „Anspruchsmentalität“ abbauen. Wofür und für wen bleibt im unverbindlichen Nebel einer bestimmten Klientel.

Und nebenbei soll sich der Staat dann aus vielem zurückziehen, alles dem freien Spiel des Marktes überlassen! Als ob der Markt, als ob Wirtschaften ohne staatliche Vorleistungen auskäme! Was geschähe denn, wenn eine staatliche Verkehrsinfrastrukturpolitik unterbliebe? Was würde denn ohne eine staatliche Forschungspolitik noch geschehen, gerade wenn es um Grundlagenforschung geht? Ist denn Wirtschaften ohne das Netz der sozialen Sicherung, ohne die umfassenden Bildungseinrichtungen überhaupt noch möglich? Aber vielleicht wollen das *diese* Kräfte! Dabei sind ihnen aber die Gewerkschaften im Wege. Deshalb, so meine ich, mehren sich die Versuche, Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaftsrechte abzubauen oder einzuschränken.

In diesem politischen Umfeld wird von unseren Mitgliedern dann oft die Forderung gestellt, mit dem Mittel der Tarifpolitik gestaltend einzugreifen. Aber die gegenwärtigen Probleme können wir nicht mit den Mitteln der Tarifpolitik allein regeln. Tarifpolitik ist ein unzureichendes Instrument, um beispielsweise in einer verfaßten Demokratie generelle Veränderungen in der Struktur der Staatsausgaben einzuleiten. Trotzdem müssen wir versuchen, mit dem Mittel der Tarifpolitik Arbeitnehmerrechte zu verteidigen und abzusichern und, soweit nur irgend möglich, auch positiv weiterzuentwickeln.

VII.

In dieser Situation verstärken sich auch die Angriffe auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, auf ihre Einkommen wie auf ihre sozialen Errungenschaften. Das insgesamt negative politische und wirtschaftliche Klima wird benutzt, um den sozialen Besitzstand der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes anzugreifen. Da wird dann versucht, Einkommen zu kürzen, da wird versucht, über Stellenstopps

und Einstellungsbeschränkungen die Haushaltslage ohne Rücksicht auf die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zu sanieren, da wird an wohlverordneten und erarbeiteten Rechten wie der Altersversorgung herumgebastelt. Den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wird letztendlich mit Privatisierungsvorhaben gedroht.

Über die Sparvorhaben ist in den vergangenen Wochen und Monaten breit berichtet worden. Ich will es mir deshalb ersparen, an dieser Stelle auf alle Einzelheiten noch einmal einzugehen. Mir scheint es aber nötig zu sein, die Vorhaben, die insbesondere für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vorgesehen sind, noch einmal kurz vorzustellen und auch Überlegungen daran anzuschließen, was sich für die Politik der Gewerkschaften grundsätzlich daraus ergeben kann.

1. Beim Bund, bei den Ländern und auch bei den Gemeinden besteht der erklärte Wille, zehntausende Stellen einzusparen.
2. Ab März 1982 soll ein Prozent der Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gekürzt werden.
3. Die Besoldungsanpassung 1982 soll um mindestens drei Monate zeitlich hinausgezögert werden.
4. In den politischen Diskussionen über die Einkommenspolitik im öffentlichen Dienst wurde daraufhingewiesen, daß dies auch notwendig sei, um ein Signal für die Tarifverhandlungen in der gewerblichen Wirtschaft zu setzen.

Soweit die bisher bekanntgewordenen Ansätze einer verfehlten und verhängnisvollen Politik. Auf länderspezifische Vorhaben kann ich hier nicht umfassend eingehen, zumindest aber darauf hinweisen, daß es ganz besonders miese Überlegungen in Nordrhein-Westfalen gibt, die für das Jahr 1982 beispielsweise für Beamte eine Kürzung des Weihnachtsgeldes um 30 Prozent und eine Streichung des Urlaubsgeldes ab Besoldungsgruppe A 12 oder Kürzung um 50 Prozent vorsehen. Dem Einfallsreichtum politisch Verantwortlicher sind scheinbar keine Grenzen gesetzt, was die Möglichkeiten betreffen, um im öffentlichen Dienst Einkommen zu kürzen.

Pauschale Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst bewirken einerseits neben zusätzlichen Belastungen für die Beschäftigten durch Arbeitsintensivierung und verschärften Arbeitsdruck auch unerträgliche Rationalisierungsprozesse. Andererseits tragen damit die politisch Verantwortlichen mit dazu bei, daß der öffentliche Dienst an der Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation beteiligt ist.

In der Vergangenheit hat der Ausbau des öffentlichen Dienstes wesentlich dazu beigetragen, daß Arbeitsplatzverluste mindestens teilweise in bestimmten Bereichen der gewerblichen Wirtschaft aufgefangen werden konnten. Bei der künftigen Politik des Bundes, bis 1985 jährlich ein Prozent der Stellen zu kürzen, würden

zusätzlich unvermeidbare Belastungen auf den Arbeitsmarkt hinzukommen. Zehntausende von Arbeitsplätzen würden verloren gehen. Die Bundesanstalt für Arbeit müsste jährlich Milliarden zusätzlich aufwenden.

Diese sozial unvermeidbare Entwicklung wird sich noch verschärfen, wenn die Länder und Gemeinden dem Vorbild des Bundes nicht nur folgen, sondern wie verschiedentlich angekündigt oder teilweise schon durchgeführt, über die Sparziele der Bundesregierung hinausgehen wollen.

VIII.

Falls die öffentlichen Arbeitgeber bei den vorgesehenen Einkommenskürzungen im öffentlichen Dienst verbleiben, mißbrauchen sie die Einkommen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes als finanzpolitische Manövriermasse und werden damit zum direkten Nachfolger Brüning'scher Rezepte der Einkommenskürzung, wenn auch zunächst mit materiell geringerer Dosierung.

Dadurch wird die Tarifautonomie unterlaufen. Es muß endlich von den politisch Verantwortlichen begriffen werden, daß es bei bestimmten Sparvorhaben um mehr als nur um die Sicherung von Einkommensbestandteilen geht. Ein elementares Recht der Gewerkschaften ist gefährdet. Auch wenn die politischen Rahmenbedingungen, die wirtschaftliche Situation und der Umfang der Arbeitslosigkeit und das politische Umfeld nicht mit dem Beginn der 30er Jahre vergleichbar sind. Es sind im Grunde Brüning'sche Methoden, durch einseitige Akte des Gesetzgebers Arbeitseinkommen zu kürzen. Gegen solch ein politisches Vorgehen müssen wir uns wehren.

Wenn dieses Beispiel Schule macht, wenn jetzt ein Einbruch in geltende Tarifverträge zugelassen würde, müßte bald mit weiteren ähnlichen Schritten, auch in der gewerblichen Wirtschaft, gerechnet werden. Es sollte sich keiner täuschen oder sich etwas vormachen. Hans-Dietrich Genscher erklärte bereits Ende Juli 1981 im Zusammenhang mit der für 1982 geplanten Verschiebung der Besoldungsanpassung für Beamte, was tatsächlich beabsichtigt ist: „Wir wollen damit in Wahrheit ein Signal geben für lohnpolitische Zurückhaltung der Tarifpartner im kommenden Jahr auch in der gewerblichen Wirtschaft.“

Es wäre nicht das erste Mal, daß die politischen Instanzen Einkommen auch in der gewerblichen Wirtschaft abgebaut haben. So erreichte Brüning, was ihm von Anfang an vorgeschwebt hatte: nach dem öffentlichen Dienst auch die Löhne und Gehälter in der gewerblichen Wirtschaft abzubauen. Durch unmittelbare Eingriffe der damaligen Reichsregierung wurden ab Mitte 1930 in der gewerblichen Wirtschaft Löhne gesenkt. Zunächst geschah das noch über die Schlichtungsinstanzen,

dann griff man aber unmittelbar in das Tarifrecht der gewerblichen Wirtschaft ein. So schrieb eine Verordnung vom Dezember 1931 vor, daß die Lohn- und Gehaltssätze um zehn bis fünfzehn Prozent zu kürzen sind, und zwar unabhängig davon, ob die geltenden Verträge kündbar waren oder nicht.

Die Folgen einer solchen Politik waren auch wirtschaftlich verheerend. Sinkende Massenkaufkraft führte dazu, daß sich die Wirtschaftslage weiter verschlechterte. Die Arbeitslosenzahlen stiegen über die Sechs-Millionen-Grenze. Trotz erhöhter Steuern sanken die Staatseinnahmen. Die Sozialleistungen, darunter die Arbeitslosenunterstützung, wurden mehrfach gekürzt. Dies waren die Auswirkungen der damaligen drastischen und in ihrer Wirkung verheerenden Sparmaßnahmen.

Wenn wir auch nicht unterstellen oder davon ausgehen, daß die sozial-liberale Koalition so töricht wie Brüning handelt, so tut, als hätte es Keynes nie gegeben oder als wäre das Stabilitätsgesetz nicht vorhanden, müssen wir sie aber doch an frühere politische Festlegungen erinnern. So sind beispielsweise nach dem Stabilitätsgesetz Maßnahmen so zu treffen, „daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen "Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei steigendem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen". Wir müssen jedoch davor warnen, umfassende beschäftigungspolitische Maßnahmen weiterhin zu verweigern.

Die Gewerkschaft ÖTV wird bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst für 1982 die gesamtwirtschaftliche Lage und die finanzpolitischen Gegebenheiten mit in ihre Überlegungen einbeziehen. Berücksichtigt werden müssen aber nicht zuletzt auch die sozialen Notwendigkeiten der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst. Denn schon für das Jahr 1981 wurden von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Opfer gebracht. Die Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind nämlich beim letzten Tarifabschluß nur um 4,3 Prozent erhöht worden, während die Tarifabschlüsse in der gewerblichen Wirtschaft höher lagen. Inzwischen sind die Preise aber um sechs Prozent gestiegen. Sonderlasten für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind deshalb nicht vertretbar.

Es geht bei dem Vorgehen der öffentlichen Arbeitgeber für uns ans Eingemachte. Es geht nicht mehr nur ums Materielle. Durch die Vorgehensweise der öffentlichen Arbeitgeber, nämlich „per ordre de mufti“ die Einkommen zu kürzen, werden gewerkschaftliche Grundsätze mit Füßen getreten.

Wir werden aus Solidarität mit den Beschäftigten der gewerblichen Wirtschaft und aus Solidarität mit den Arbeitslosen verstärkt beschäftigungspolitische Maßnahmen fordern und jede Einkommenskürzung bekämpfen.